

**Stadtteilgruppe Prenzlauer Berg /Friedrichshain**

**Eine Milliarde jetzt und sofort !**

von Joppel Reimer

Die unvorbereitete Einführung der Maßnahmen wie die Stilllegung des Dienstleistungssektors, Kita- und Schulschließungen und vieles andere mehr durch den Berliner rot-rot-grünen Senat hat Tausende von Berlinerinnen und Berliner in existentielle Nöte gebracht - reale wie auch mentale.

Zehntausende, vielleicht Hunderttausende prekär Beschäftigte, wie Kellner\*, Köche\*, Tellerputzer\* (ja, die gibt es noch!), „Gastronomen“, Hostessen, Sexarbeiter\*, Minijobber\*, Künstler und andere Selbstständige und Schein-Selbstständige, Eltern und Alleinerziehende, die über Zweit- und Drittjobs ihre Kinder durchbringen müssen, Studenten\*, die dringend auf Nebenjobs angewiesen sind, weil sie nicht Hartz IV-berechtigt sind und viele weitere mehr, haben Angst vor dem Monatsanfang, wenn Miete, Strom und Beiträge fällig werden, weil sie von heute auf morgen keinerlei oder nur wenig Einkommen erzielen. Sie sind ohne Hilfen auf sich allein gestellt und allein gelassen.

Während für die „Wirtschaft“ sofort Milliardenprogramme aufgelegt wurden, hat der rot-rot-grüne Senat die Maßnahmen eingeführt, ohne an diesen Teil der Berliner Bevölkerung zu denken. Eine Instinktlosigkeit angeblich „sozialer“ Parteien.

Die Lahmlegung der Stadt, um durch Unterbindung „sozialer“ Kontakte eine „Verlangsamung des Ausbruchs“ eine mögliche (!) zukünftige (!) Überlastung des kaputtgesparten, kommerzialisierten Gesundheitssektors zu vermeiden, war eine politische Entscheidung des Senates und nicht von Virologen. Andere Länder gehen andere Wege. Großbritannien zum Beispiel setzt auf die Isolation der Risikogruppen und Durchseuchung der Bevölkerung, um eine Herdenimmunität zu erreichen. Welche Interessen hinter den jeweiligen Entscheidungen stehen und wie effektiv diese für wen sein werden, bedarf späterer Auseinandersetzungen. Der Senat steht aber jetzt in der Pflicht, zu den Folgen seiner Entscheidung zu stehen.

Jetzt geht es darum, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die katastrophalen Folgen dieser Entscheidung kurzfristig abzufedern und die Berliner und Berlinerinnen nicht im Regen stehen zu lassen.

**Wir fordern deshalb vom Senat die sofortige Bereitstellung von mindestens einer Milliarde Euro für die Betroffenen, die über die Bezirkskassen als Notdarlehen (rückzahlbar?) entsprechend dem Bedarf ausgegeben werden.**

Darüber hinaus fordern wir ein **umfassendes Mietbürgschaftsprogramm**, um wenigstens die Ängste der Betroffenen zu mildern und sie vor allem vor Wohnungsverlust zu schützen.

Wir rufen alle auf, diese Forderungen zu unterstützen und Druck auf den Senat für deren sofortige Umsetzung auszuüben.